

Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreisausschusses
von Montag, 25.01.2016,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:05 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Für den in der Zeit von 16:10 Uhr bis 16:21 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Herr Dr. Heinz Kaiser
Herr Dr. Heinz Linduschka
Frau Petra Münzel
Herr Günther Oettinger
Herr Jürgen Reinhard
Herr Peter Schmitt
Herr Stefan Schwab

Stellv. Ausschussmitglieder

Herr Michael Berninger
Herr Dipl.-Ing. Karlheinz Paulus
Herr Engelbert Schmid
Frau Monika Schuck

Vertretung für Herrn Dietmar Fieger
Vertretung für Herrn Roland Weber
Vertretung für Herrn Matthias Luxem
Vertretung für Herrn Thomas Köhler

Entschuldigt gefehlt haben:

Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Fieger
Herr Thomas Köhler
Herr Matthias Luxem
Herr Roland Weber

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Feil	Leiter Abt. 1
Frau Hörnig	Leiterin UB 4
Herr Krämer zu TOP 3	Leiter UB 3
Herr Pache zu TOP 1	Leiter Abt. 5
Herr Rüth zu TOP 2 und nö 2	Leiter UB 2
Frau Seidel	Leiterin UB 1
Frau Zipf-Heim	Schriftführerin

Ferner haben teilgenommen:

Herr Thomas Zöller

Stellvertreter des Landrats

Tagesordnung:

- 1 Bestellung von Herrn Bernhard Springer, Amorbach, zum Kreisheimatpfleger
- 2 Antrag der Fraktionen Freie Wähler, SPD, Neue Mitte, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und ÖDP/BLU auf Beschluss einer Resolution zur Übernahme der Personalkosten im Bereich Asyl durch den Freistaat Bayern
- 3 Beratung und Empfehlungsbeschluss über den Haushaltsplan 2016 des Landkreises Miltenberg
- 4 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Bestellung von Herrn Bernhard Springer, Amorbach, zum Kreisheimatpfleger

Herr Pache trägt vor, dass durch den Wegzug von Herrn Dr. Werner Trost, früher Wörth, und das Ausscheiden von Herrn Wolfgang Hartmann, Mömlingen, im Landkreis Miltenberg derzeit nur noch zwei Kreisheimatpfleger vorhanden sind. Auf Vorschlag der verbliebenen Heimatpfleger hat sich Herr Bernhard Springer bereit erklärt, dieses Ehrenamt zu übernehmen.

Herr Springer ist Lehrer an der Parzival-Mittelschule in Amorbach und engagiert sich bereits seit Jahren ehrenamtlich in verschiedenen Bereichen. So ist er z.B.

- Mitglied der katholischen Kirchenverwaltung
- 1. Vorsitzender des Musikvereins „Stadtkapelle Amorbach“ bis 2006
- 1. Vorsitzender des Heimat- und Geschichtsvereins Amorbach
- Stadtrat in Amorbach
- Archivar des katholischen Pfarrarchivs
- Referent für Heimatpflege im Stadtrat Amorbach
- Archivar des Stadtarchivs Amorbach

Weiterhin hat er schon zahlreiche Artikel und Festschriften zu heimatkundlichen Themen veröffentlicht und viele Vorträge zu diesem Themenbereich gehalten. Auch im schulischen Bereich hat er als Leiter der Arbeitsgemeinschaft „Heimatkunde“ der Parzival-Hauptschule Amorbach in den Jahren 2000 – 2010 mehrere – zum Teil prämierte – Projekte mit heimatkundlichen Themen verwirklicht.

Kreisrat Schmitt bemerkt, dass Herr Springer eine sehr gute Wahl sei.

Kreisrat Linduschka stimmt dem zu, dass Herr Springer die Lücke von Dr. Trost schließen könne. Es wäre sehr schön, wenn auch in absehbarer Zeit eine adäquate Lösung für den ausgeschiedenen Herrn Hartmann gefunden würde.

Landrat Scherf erwidert, dass man dies angehe, aber schrittweise vorgehe, da man die geeignete Person finden müsse.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig

die Ernennung von Herrn Bernhard Springer mit Wirkung vom 01.01.2016 zum Kreisheimatpfleger des Landkreises Miltenberg.

Tagesordnungspunkt 2:

Antrag der Fraktionen Freie Wähler, SPD, Neue Mitte, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und ÖDP/BLU auf Beschluss einer Resolution zur Übernahme der Personalkosten im Bereich Asyl durch den Freistaat Bayern

Landrat Scherf führt aus, dass aufgrund verschiedener Krisenherde in Osteuropa, im Nahen Osten und in Nordafrika seit Ende 2014 die Zahl der Flüchtenden, die Schutz in Europa suchen, deutlich angestiegen ist. Die Zahl der Asylbewerber/innen in Deutschland und Bayern hat 2015 alle Erwartungen übertroffen. Im vergangenen Jahr kamen fast 1,1 Millionen Asylbewerber/innen nach Deutschland. Der Großteil davon ist in Bayern angekommen. Rund 160.000 sind zunächst in Bayern verblieben, die übrigen wurden nach dem bundesweiten

Verteilungsschlüssel auf andere Bundesländer verteilt. Im Jahr 2014 waren es noch 32.000 und im Jahr 2013 noch rund 17.000 Neuzugänge in Bayern. Damit übertrifft der tatsächliche Asylbewerberzugang im Jahr 2015 mit fast 1,1 Millionen Asylbewerber/innen auch das bisherige Rekordjahr 1992 mit formell 438.191 Asylanträgen deutlich.

Aufgrund dieser Entwicklungen musste das Landratsamt Miltenberg personell die Verwaltung vergrößern, um die zusätzlichen Arbeiten bewältigen zu können. Im Jahr 2014 waren 2,5 Beschäftigte für die Asylsachbearbeitung tätig. Im Jahre 2015 kamen zwölf weitere Stellen hinzu. Dies verursacht einen Kostenaufwand von 683.830 Euro.

Für das Jahr 2016 ist auch weiterhin mit einer großen Zuwanderung an Flüchtlingen und Asylbewerbern zu rechnen. Daher sind für diese weiteren Aufgaben ausreichend Personalkapazitäten bereitzustellen. Im Stellenplan 2016 wurden 14,5 weitere Stellen eingeplant. Diese Stellen werden jeweils bedarfsorientiert besetzt. Sollten alle geplanten Stellen tatsächlich besetzt sein, wären zum Jahresende insgesamt 29 Stellen für den Asylbereich vorhanden. Dies ergibt einen Personalaufwand von rund 1,4 Millionen Euro.

Diese Personalkosten sind vollständig vom Landkreis Miltenberg zu tragen. Die Fraktionen Freie Wähler, SPD, Neue Mitte, Bündnis90/Die Grünen, FDP und ÖDP/BLU haben mit Schreiben vom 11. Januar 2016 die beigefügte Resolution beantragt mit dem Ziel, diese Kosten vom Freistaat Bayern erstattet zu bekommen.

Kreisrat Dr. Fahn erklärt zu dem gemeinsamen Antrag, dass der Aufwand für Asyl sehr hoch sei und noch steigen werde. Derzeit leben 1200 Flüchtlinge im Landkreis, jede Woche kommen aktuell ca.30 dazu. Dies bedeuten voraussichtlich Mehrausgaben von 3,9 Mio. €. Eigentlich seien es ca. 5 Mio. €, da die Kosten für junge volljährige Flüchtlinge zwar zunächst vom Bezirk übernommen werden, aber dann über die Bezirksumlage wieder vom Landkreis getragen werden müssen. Der reine Personalaufwand betrage derzeit 29 Stellen, vor 2 Jahren seien es nur 2,5 gewesen. Dies müsse sich in Kürze ändern, nütze aber dem Haushalt 2016 nichts. Für die sechs beantragenden Fraktionen stehe fest, dass die Bewältigung der Aufgaben im Zusammenhang mit den weiterhin steigenden Asylbewerberzahlen ganz klar ein Vollzug staatlicher Aufgaben und daher auch vom Freistaat zu erstatten sei. Es genüge nicht, dass der Freistaat die Sachkosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz übernehme. Aber auch müsse der Landkreis in Vorleistung gehen, da die Erstattung nur quartalsweise erfolge. Zum Beispiel werde die Erstattung für das letzte Quartal 2015 erst Ende Februar oder im März 2016 erfolgen, aber der Landkreis müsse vorher rund 4 Mio. € begleichen. Dieses Geld müsse man erst einmal haben. Zurück zu den Personalkosten erklärt Kreisrat Dr. Fahn, dass es sich hier um den Vollzug staatlicher Aufgaben handle und daher die Kostenträgerschaft beim Freistaat Bayern anzusiedeln sei. Das sei das Anliegen der Resolution. Man wünsche sich, dass möglichst viele Landkreise eine analoge Resolution verabschieden und die kommunalen Spitzenverbände entsprechend tätig werden. Der Landkreis Miltenberg sei schon genügend gefordert. Für Wohnungserstausstattung und Wohnungsbeschaffung seien im Haushalt 2016 bereits 840000 € eingestellt und müssen vom Landkreis beglichen werden. Der Landkreis suche auch Wohnraum; dies erkenne man daran, dass derzeit 64 Fehlbeleger in den Unterkünften untergebracht seien. Dies seien anerkannte Flüchtlinge, die ausziehen dürften, aber es nicht tun, weil sie keinen Wohnraum finden. Einige Landkreise haben schon begonnen, eigene Wohnungsbaugesellschaften zu gründen. Der Landkreis Miltenberg leiste mit den vielen Helferkreisen auf ehrenamtlicher Basis schon enorm viel, so Kreisrat Dr. Fahn. Er bedanke sich ausdrücklich bei den Hunderten von ehrenamtlich Tätigen, die den Flüchtlingen zur Seite stehen. Zwar gebe es auch noch eine Asylsozialberatung, die vom Freistaat finanziert werde, dies reiche aber bei weitem nicht aus, weil hier das Verhältnis 1: 300 betrage, d.h. ein Asylsozialberater sei für 300 Flüchtlinge zuständig. Wichtig sei auch zu erwähnen, dass die kommunalen Spitzenverbände bereits eine analoge Forderung an Ministerpräsident Seehofer gerichtet haben. Die Antwort stehe noch aus. Daher müsse auch der Druck von unten kommen und das mache man heute mit dieser Resolution.

Kreisrat Reinhard erläutert, warum die CSU den Antrag nicht unterstützt. 2014 habe man 2,5 Mitarbeiter im Bereich Asyl gehabt, letztes Jahr plus zwölf Mitarbeiter, 2016 plus geplante 14,5 Stellen, was einen Personalaufwand von rund 1,4 Millionen Euro ergebe. Man müsse sich einmal die Zahlen bewusst machen. Man rede nicht nur von den 3,9 Millionen Euro, sondern eigentlich von 22 Millionen Euro Kosten, die im Landkreis Miltenberg für das Flüchtlingsthema zusammenkommen. Das sei auch in den Unterlagen dargestellt. Wenn er dies auf Bayern und auf die Landkreise hochrechne, dann seien das gut 1,6 Milliarden Euro, was bei den Landkreisen hängenbleibt. Davon erstatte der Freistaat 1,3 Milliarden Euro. Klar, dass eine gewisse Differenz übrig bleibe. Es wäre schön, wenn man diese Kosten nicht hätte. Aber man lebe in einer Solidarität unter der kommunalen Familie, insbesondere was die Flüchtlingsfrage betreffe. Es sei trotzdem so, dass letztendlich dieses Erstattungsergebnis abgestimmt worden sei mit den kommunalen Spitzenverbänden. Letztendlich sei es so, dass diese Kosten auf alle Schultern verteilt werden müssen. Es sei wichtig, dass diese Zahl transparent dargestellt werde, was jetzt auch erfolgt sei. Dies zeige allerdings auch, was auf den Landkreis zukomme. Es sei eine Mammutaufgabe. Man erwarte eine Kostenexplosion und egal, ob die Kosten der Freistaat oder der Kreis trage, unter dem Strich zahlen alle die Kosten. Deswegen sehe die CSU diesen Antrag rein als Showantrag. Es sei ein populistischer Antrag, womit man zeigen wolle, man tue etwas. Unter dem Strich werde der Antrag in München abgeheftet und es interessiere dort unten so viel, wie wenn in China der bekannte Sack Reis umfalle. Das Problem haben jetzt alle und alle müssen sich jetzt an den Kosten beteiligen. Bayern übernehme wesentlich mehr an Kosten als alle anderen Bundesländer. Von daher unterstütze die CSU diesen Showantrag nicht.

Landrat Scherf sagt, er müsse diese Äußerung zuerst einmal sacken lassen, dass Kreisrat Reinhard der Meinung sei, dass eine mögliche Resolution des Kreistages Miltenberg in München so viel interessiere wie ein umfallender Sack Reis und dass Kreisrat Reinhard eine Initiative in diese Richtung einen populistischen Showantrag nenne. Das würde Landrat Scherf alleine aus Respekt vor dem Bayerischen Landkreistag und dem Präsidenten und Landratskollegen Christian Bernreiter nicht sagen, der genau diese Initiative auch unternehme. Das eine seien aktuelle Verhandlungsergebnisse, das andere seien weitere perspektivische Zielsetzungen. Da habe der Bayerische Landkreistag natürlich ein Interesse daran, die Personalkosten hier auch erstattet zu bekommen. Denn der große Unterschied dazwischen, ob der Landkreis das über den Kreishaushalt trage oder über eine Erstattung, eine Unterstützung des Freistaates Bayern, sei der, dass wenn man es über den Kreishaushalt trage, dann sei es kreisumlagenrelevant, weil der Ergebnishaushalt eben von den 32 Gemeinden durch die Kreisumlage mitfinanziert werde und für ihn deswegen nicht feststehe, dass es für den Bayerischen Landkreistag mit dem Präsidenten Christian Bernreiter ein populistischer Showantrag sei, sondern einen ganz wichtigen Hinweis gebe, wie diese Kosten getragen werden sollten und dass man hier die Kommunen und den Landkreis nicht alleine lasse. Es könne auch analog zu der erfolgreichen Resolution, die man zum Wertstoffgesetz eingereicht habe, wo viele Landkreise völlig unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der Gremien und der Köpfe, dann sogar bundesweit ihre Stimme erhoben haben, darauf verwiesen werden, dass man Erfolg habe.. Das habe dazu geführt, dass dieses Wertstoffgesetz in die „Tonne“ gekommen sei. Es werde auch in diesem Fall so sein, dass man gehört werde, wenn die Landkreise gemeinsam auftreten.

Kreisrätin Münzel teilt mit, dass sie die Haltung der CSU nicht nachvollziehen könne. Der Bayerische Staat übernehme bereits die Sachkosten, dafür seien alle auch sehr dankbar und erkennen das an. Aber es sei auch klar, dass der Bayerische Staat die Personalkosten für eine staatliche Aufgabe übernehmen müsse. Diese Forderung solle man schon stellen, auch im Interesse der Bürger/innen. Kreisrat Reinhard habe die kommunale Familie beschworen und die Verhandlungen beim Finanzausgleichsgesetz. Beim Finanzausgleichsgesetz habe sie den Asylfaktor nicht gefunden. Man müsse auch sehen, wenn man Söder glaube, dass der Bayerische Haushalt ein sehr guter sei. Söder habe in seiner Rede zum ersten Entwurf

des Nachtragshaushaltes betont, wie gut in Bayern gewirtschaftet werde und er habe auch noch einmal betont, Kreisrätin Münzel zitiert: „Wir behalten einiges auf der hohen Kante. Man weiß nie, was in diesen Tagen noch alles passieren kann“. Sie sei der Meinung, der Bayerische Staat habe Polster. Diese Forderung, die die sechs Fraktionen an den Bayerischen Staat stellen, sei letztendlich angemessen. Sie findet es richtig, mit einer Forderung dann in die Verhandlungen zu gehen. Kreisrätin Münzel würde sich eine Unterstützung der CSU wünschen.

Kreisrat Dr. Fahn erwidert an Kreisrat Reinhard, dass wenn man die genannten 1,4 Millionen Euro hätte, könnte man die Kreisumlage nochmals um einen Prozentpunkt senken. Dies sei auch ein wichtiges Signal für die Kommunen, dass man sich für sie einsetze. Weiterhin könne er dieses Schlagwort „populistischer Showantrag“ nicht verstehen. Wenn der Bayerische Landkreistag, der Städte-, Gemeinde- und Bezirkstag gemeinsam hier gleichlautende Forderungen in einem Brief an den Bayer. Ministerpräsidenten stellen, sei dieses Schlagwort überhaupt nicht nachvollziehbar. Dann sei Kreisrat Reinhard im Prinzip gegen Landkreistag, Städte-, Gemeinde- und Bezirkstag.

Kreisrat Dr. Kaiser merkt an, dass die Aussage, der kommunale Finanzausgleich sei ein Verhandlungsergebnis zwischen der Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden sei, zwar richtig sei, aber so ein Verhandlungsergebnis beinhalte natürlich auch immer Kompromisse, d.h. nicht, dass einzelne Forderungen nicht erhoben werden könnten oder sollten. Er kenne das aus dem Bayerischen Landtag, wenn die Opposition einen Antrag gestellt habe, zusätzlich Gelder für die Kommunen bereitzustellen. Ihnen sei dann immer wieder entgegengehalten worden, dass dies das Ergebnis mit den kommunalen Spitzenverbänden sei. Wenn sich die Situation so dramatisch ändere, was hier in der Flüchtlingsfrage der Fall sei, seien solche Forderungen durchaus legitim, wenn man sie noch hinterher einbringe. Kreisrat Dr. Kaiser hätte erwartet, dass Kreisrat Reinhard, nachdem es in der Resolution gar nicht klar zum Ausdruck gebracht worden sei, dass man wenigstens einen Kompromiss finden könne. Die 100% sei ein Spielraum. Kreisrat Dr. Kaiser fände es gut, wenn die CSU-Fraktion kompromissbereit wäre.

Kreisrat Oettinger ist der Meinung, dass man bei den Personal- und Mehrkosten gegenüber der Landkreisverwaltung einen großen Vertrauensvorschuss bringe. Der Bezirksvorstand des Bayer. Gemeindetages habe letzte Woche eine Sitzung gehabt, wo abgefragt worden sei, inwieweit die anderen Landkreise diese Mehraufgaben abfangen, die zwangsläufig mit der Betreuung und Unterbringung der Asylbewerber auf sie zukommen. Es gebe einige Landkreise, die es im Moment noch mit eigenem Personal geschultert haben. Da komme die Frage auf, warum und ob diese vorher eventuell überbesetzt gewesen seien. Die Neue Mitte vertraue auf die Zahlen, die vorgelegt worden seien, und nehme auch dankend zur Kenntnis, dass diese vom „worst case“ ausgehen, dass also hier Zug um Zug nur bei Bedarf Personal eingestellt werde. Aber letzten Endes sei das Asylwesen eine Kernaufgabe des Staates. Wenn der Staat diese Aufgaben auf nachgeordnete Behörden, Kommunen, Landkreise, Länder verteile, dann solle er gefälligst auch die Gelder zur Verfügung stellen, die dafür notwendig seien. Man wisse, dass die Kommunen trotz Senkung der Kreisumlage 4,2 Millionen Euro mehr im Jahr 2016 an den Landkreis überweisen müssen, was auch der guten wirtschaftlichen Lage geschuldet sei, aber man wisse nicht, welche Kosten auf den Landkreis zukommen. Deswegen solle man eine gewisse Ernsthaftigkeit beibehalten und diesen Antrag, der mit Nachdruck gestellt werde, nach München schicken.

Landrat Scherf erwidert, diesen Vertrauensvorschuss haben sich die Mitarbeiter/innen im Jahr 2015 extrem hart verdient und wenn Kreisrat Oettinger in den Raum stelle, dass es vielleicht irgendwo Landratsämter gebe, bei denen personell Luft gewesen sei, hebt Landrat Scherf hervor, dass das für dieses Landratsamt nicht zutreffe. Dieses Landratsamt sei im Normalbelastungszustand gerade so ausgestattet, dass es seine Leistungen erfüllen könne. Dass dem so sei, dazu trage auch das Organisationsgutachten durch den Kommunalen Prü-

fungsverband bei. Man erwarte die nächsten Wochen das erste Ergebnis und werde da sehen, dass sich bewahrheiten werde, dass das Landratsamt personell ausgelastet sei. Es sei vollkommen klar, betont Landrat Scherf, dass die Personaleinstellungen nur bedarfsorientiert umgesetzt werden und zwar so, dass die Erfüllung der Aufgaben gerade so möglich sei.

Kreisrat Reinhard bleibt dabei, dass der Antrag ein Showantrag sei. Es sei unbestritten, dass die kommunalen Spitzenverbände, Landkreistag, Städte-, Gemeinde- und Bezirkstag, alles unternehmen und sich um dieses Thema kümmern. Die Empörung sei groß gewesen, als die Zahlen für den Landkreis Miltenberg vorgelegt worden seien. Es sei klar, dass die kommunalen Spitzenverbände in diese Richtung arbeiten und den Kommunen das Geld finanziert werde. Ihm gehe es darum, dass Kreisrat Dr. Fahn diesen Antrag als Show nutze.

Kreisrat Berninger erklärt, dass sein Kenntnisstand der sei, dass dieser Ausgleich, der in Richtung Landkreis erfolge, und letztendlich dann auch nicht in den Gemeinden erfolge, tatsächlich eine Abstimmung zwischen den vier Spitzenverbänden sei und somit Ausgaben der Bayerischen Staatsregierung. Gegen ein solches Verhandlungsergebnis eine Resolution eines Kreises zu schicken, finde er bedenklich, zumindest weil der Adressat verkehrt sei, nämlich nicht die Bayerische Staatsregierung, sondern man müsse dem Bayerischen Landkreistag etwas zukommen lassen, dass man mit dem Ergebnis nicht einverstanden sei. Wenn es tatsächlich so sei, dass ein gemeinsames Schreiben der vier Spitzenverbände an die Regierung unterwegs sei, dann würde es natürlich Sinn machen, wenn dies der Landkreis unterstütze. Dann allerdings wundere es ihn, wenn dieser Antrag aus den Reihen der Parteien kommen müsse, sondern dann müsste er vom Landrat kommen. Letztendlich seien sich alle einig, dass jeder Euro, den man erhalten könne, förderlich und hilfreich sei. Im Notfalle stimme er für diese Resolution. Die Vorgehensweise habe für Kreisrat Berninger allerdings ein „Geschmäckle“.

Kreisrat Dr. Linduschka empfindet die Äußerungen von Kreisrat Berninger zur Sache unter dem Strich sehr positiv. Es komme darauf an, dass man möglichst einstimmig oder mit großer Mehrheit die Resolution unterstütze. Er sei auch ganz sicher, dass Kreisrat Dr. Fahn sich bereit erkläre, in der Öffentlichkeit nicht bekanntzugeben, dass er der Initiator dieses Antrags gewesen sei. Wichtig sei, dass der Antrag eingebracht werde, egal von wem er komme. Die Risiken für die Zukunft seien so unüberschaubar, dass er auch nur sagen könne, was über den Landkreistag veröffentlicht worden sei. Kreisrat Dr. Linduschka zitiert: „Wenn Kommunen mit Grund-, Gewerbe- und Einkommensteuer staatliche Aufgaben finanzieren müssten, ist das nach meiner Auffassung von der Verfassung nicht gedeckt“. Kreisrat Dr. Linduschka findet das einen wichtigen Einwand, um diese Resolution zu fassen

Landrat Scherf erwidert zur Aussage von Kreisrat Berninger, wenn sich eine Initiative aus den Reihen der Fraktionen entwickle, dann sei es nicht Aufgabe des Landrates zu sagen, Kreistag und Fraktion zurück ins Körbchen, jetzt macht es der Landrat. Es sei wunderbar, wenn das Gremium hier die Initiativen entwickle. Landrat Scherf stellt fest, die kommunalen Spitzenverbände und der Bayerische Landkreistag wenden sich nicht gegen dieses Verhandlungsergebnis. Es gehe hier ganz explizit darum, wie man gemeinsam das Thema Asyl und Flüchtlinge in Bayern in diesen und in den kommenden Jahren stemme und dahin gehe diese Initiative der Fraktionen aus dem Kreistag.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich bei einer Gegenstimme

die von den Fraktionen Freie Wähler, SPD, Neue Mitte, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und ÖDP/BLU beantragte Resolution an den Freistaat Bayern zwecks Übernahme aller anfallenden Personalkosten aus dem Aufgabenbereich Asyl.

Tagesordnungspunkt 3:

Beratung und Empfehlungsbeschluss über den Haushaltsplan 2016 des Landkreises Miltenberg

Herr Krämer stellt den Entwurf des Haushaltsplans 2016 anhand der beiliegenden Erläuterungen vor.

Landrat Scherf sagt, ihm sei ein Antrag der FDP zum vorgeschlagenen Haushalt angekündigt und er bittet Kreisrat Dr. Linduschka, diesen vorzutragen.

Kreisrat Dr. Linduschka erklärt, die FDP stelle einen Antrag zum vorliegenden Haushalt, der aus zwei unmittelbar zusammenhängenden und nicht zu trennenden Teilen bestehe.

Die FDP sei erstens der Ansicht, dass kein Bedarf bestehe und es nicht sinnvoll sei, das Verbot von Nettoneuverschuldung aufzuheben. Sie seien nach wie vor der Ansicht, diesen Beschluss, keine Neuverschuldung angesichts der unüberschaubaren Leistungen, die auf den Kreis zukommen, wie bereits in vielen Fällen angedeutet worden sei, auf jeden Fall beizubehalten. Dies habe die letzten zehn Jahre sehr segensreich gewirkt und sollte beibehalten werden.

Unmittelbar damit zusammenhängend stelle die FDP gekoppelt auch den Antrag, in diesem Fall die Kreisumlage nicht auf 42% zu senken, sondern bei 43% zu belassen. Alles andere wäre unehrlich angesichts des Antrags der FDP.

Landrat Scherf stimmt zu, dass es in den letzten Jahren segensreich war, keine Nettokreditaufnahme vorgenommen zu haben. Deshalb sei es gelungen, die Schulden von 55 Millionen Euro, einer deutlich überdurchschnittlichen bayernweiten Verschuldung, auf 27,5 Millionen Euro zu reduzieren. Man habe auch immer im Kopf, dass man in das Jahrtausend mit 37 Millionen Euro eingestiegen sei. Diese 27,5 Millionen Euro seien jetzt allerdings signifikant unterdurchschnittlich in Bayern. Dies gebe dem Landkreis den Handlungsspielraum, die Kreisumlage zu senken, um die Gemeinden zu entlasten. Landrat Scherf wisse natürlich auch, dass der Landkreis trotz der Kreisumlagenhebesatzsenkung um 1 Prozentpunkt gut 4 Millionen Euro Mehreinnahmen habe. Aber diese Mehreinnahmen werden zur Deckung der zusätzlichen Kosten im Ergebnishaushalt benötigt.

Kreisrat Dr. Kaiser erklärt für die SPD-Fraktion, dass sie den Haushaltsvorschlag der Verwaltung für sachlich ausgewogen, gerechtfertigt und insgesamt für einen klugen Haushaltsvorschlag halte. Aus diesem Grund muss er seinem geschätzten Kollegen Kreisrat Dr. Linduschka bei dessen Antrag entschieden widersprechen. Die SPD-Fraktion halte die Senkung der Kreisumlage für gerechtfertigt. Man habe durch den Beschluss des Bayerischen Landkreistages zum Finanzausgleichsgesetz Mehreinnahmen durch die Anhebung der Nivellierungssätze bei der Gewerbe- und Grundsteuer. Das heißt, aufgrund der Gesetzesänderung habe man zusätzliche Einnahmen, die nicht erwartet werden konnten, deshalb sollte man auch die Kommunen an diesen Mehreinnahmen teilhaben lassen. Die SPD sei für eine Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt. Nachdem im letzten Jahr die Schulden im Landkreis nochmals gesunken sind, sei es auch durchaus gerechtfertigt, den Beschluss zu fassen, eine Nettoneuverschuldung für ein Jahr auszusetzen.

Zusammenfassend erklärt Kreisrat Dr. Kaiser für die SPD-Fraktion, dass sie dem Haushalt zustimme und den Antrag der FDP ablehne.

Kreisrätin Münzel erklärt für Bündnis90/Die Grünen, dass sie dem Haushalt zustimmen. Begründet durch die Änderung der Nivellierungshebesätze und den damit verbundenen ca. 2 Mio. Euro Mehreinnahmen sei eine Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt gerechtfertigt. Eine weitere Absenkung der Kreisumlage halte sie für nicht verantwortbar, weil lediglich 650.000,00 Euro im Ergebnishaushalt stehen.

Das Nettoneuverschuldungs-Verbot solle kein Dogma sein. Für 2016 sei es verantwortbar, den Beschluss auszusetzen und zwar angesichts der hohen Investitionen, die der Landkreis

tätigen wolle, angesichts der niedrigen Zinsen, die zur Zeit gezahlt werden müssen und angesichts des niedrigen Schuldenstandes, den man momentan habe. Wenn sie sich die Tabelle anschau und sehe, dass man bei der höchsten Investitionssumme eine der niedrigsten Schuldenstände habe, dann könne man es durchaus verantworten.

Kreisrätin Münzel stellt für die Grünen fest, dass sie den Antrag der FDP nicht mittragen.

Kreisrat Schwab fragt zur Zinsentwicklung nach. Im Jahre 2015 habe man IST-Zinsauszahlungen von 1.060.000 Euro und gleichzeitig habe man drei Millionen Euro getilgt. Wenn man davon 3% Zinsen ausrechne, wäre er bei 90 – 100.000 Euro weniger Zinsen, die man im Jahr 2016 zu zahlen habe. Wenn er jetzt diese 1.060.000 Euro minus 100.000 Euro rechne, sei er bei 960.000 Euro. Im Haushalt sei allerdings ein Ansatz von 1.250.000 Euro angegeben, also runde 300.000 Euro mehr. Dies möchte er von Herrn Krämer noch einmal erläutert bekommen.

Kreiskämmerer Krämer erwidert, dass auch Zinsen für Kassenkredite eingeplant seien. Dadurch, dass man im Bereich Asyl erheblich in Vorleistung gehen müsse, teilweise mit 5 Mio. Euro, und die liquiden Mittel 2016 geplant erheblich abschmelzen werden, müsse man wahrscheinlich gegen Ende des Jahres öfters die Kassenkredite in Anspruch nehmen. Andererseits sei hier, wie bereits in den Fraktionen vorab besprochen, noch ein kleiner Puffer eingeplant.

Kreisrat Schwab sagt dazu, dass der Zinssatz momentan 0.5% sei. Wenn man also 1 Mio. Euro als Kassenkredit aufnehme, seien das im Jahr 5.000 Euro, was an Zinsen aufgewendet werden müsse.

Kreisrat Schwab stellt eine Frage zu den Personalaufwendungen. Man habe im Jahr 2016 eine Steigerung von Personal von 2 Mio. Euro. Herr Krämer habe aber den Ansatz vom Ansatz 2015 und nicht vom Ist-Ergebnis 2015 berechnet. Das Ist-Ergebnis von 2015 sei bei den Personalkosten bei 17.600.000 Euro. Wenn er jetzt 2 Mio. Euro neue Personalkosten dazurechne, dann wäre er bei 19.600.00 Euro. Herr Krämer habe aber im Ansatz bei den Personalkosten mit den neuen Ansätzen von 21,2 Millionen Euro, man habe hier also 1,6 - 1,7 Millionen Euro Puffer.

Landrat Scherf erklärt, dass man keine Puffer habe. Man dürfe bei den Personalkosten nicht vom Ist-Ergebnis 2015 ausgehen, weil in 2015 einige Besonderheiten gewesen seien. Zum einen, habe man im Ergebnis 250.000 Euro weniger ausgegeben als veranschlagt, weil man die Kosten für die Beihilfe auf Konto 71 statt auf Konto 70 gebucht habe. Daher seien schon mal 250.000 Euro weg. Dann müsse man das Jahr 2015 auch im Hinblick auf das Personalwesen als ein historisches Ausnahmejahr sehen. Man habe sehr frühzeitig in der ersten Jahreshälfte gemerkt, dass sich die Situation im Bereich Asyl und Flüchtlinge in einer Art und Weise entwickle, dass man das mit den normalen Personalressourcen in keinsten Weise bewältigen könne. Das heißt, eingeplante Stellen seien nicht besetzt worden, weil man wusste, dass zusätzlich asylbedingte Aufgaben auf uns zukommen. Dann habe man im August und September gehandelt und haben im Grunde genommen alles, was zur Verfügung gestanden sei, für den Bereich Asyl und Flüchtlinge aktiviert, habe dann aber bei der Umsetzung diese Stellen fast ausnahmslos durch Personal aus dem eigenen Haus ersetzt. Dass überhaupt keine Personalkosten entstanden seien kommt daher, weil man die Löcher woanders gerissen habe. Jede Person, die man dann im Oktober oder November aktiviert habe, habe woanders im Haus eine Lücke hinterlassen. Das verursache, dass man Ende in einer Dimension von 1 Mio. Euro Ist-Personalkosten gespart habe, weil man geplante Stellen nicht besetzt habe. Deshalb schließe man ab Oktober peu à peu die Lücken, damit überall wieder das Personal ersetzt werde. Der Ansatz im Haushalt 2016 sei aus vorgenannten Gründen stimmig.

Kreisrat Schwab äußert, dass es für ihn nicht abschließend geklärt sei. Aufgrund, dass die Stellen in der Aufstellung 2016 drin seien, daher müsse von den Ist-Kosten ausgegangen

werden und nicht vom Ansatz. Und wenn er von den Ist-Kosten ausgehe, sei er 1,6 Mio. Euro drüber.

Auch bei den sächlichen Dienstleistungen habe man im Ist ein Ergebnis von 2 Mio. Euro, die man hier gegenüber dem Ansatz eingespart habe, und trotzdem habe man diesen Ansatz wieder für 2016 ausgewählt.

Landrat Scherf erwidert, bei den Personalkosten 2016 sei nun alles geldwirksam. 2015 war es das allerdings noch nicht, weil man jetzt eben auch im Winter Personal erst wieder ins Haus bekommen haben, um auch die freigewordenen Stellen zu besetzen. Man müsste sich diesen umfassenden Stellenplan anschauen, was alles dann monetär nicht wirksam gewesen sei, weil man Personen eigentlich nur hin- und herbesetzt habe.

Kreiskämmerer Krämer erklärt, dass die Abweichungen bei den Sach- und Dienstleistungen den Bereich Abfallwirtschaft betreffen. Hier sei weniger aufgewendet worden, das bedeute aber auch, dass man dort weniger aus den Gebührenüberschüssen entnehmen und in den Erträgen abbilden müsse. Das sei ein Nullsummenspiel. Die eigentlich abgebildete Einsparung 2015 wirke sich so gar nicht aus.

Kreisrat Dr. Fahn merkt an, dass die Neuverschuldung zwar geplant sei, es aber sein könne, dass diese nicht gebraucht werde. Die hohen Personalkosten werden ein Thema sein, aber da habe man ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dadurch werde man dann sehen, ob es in der Form gut sei. Die Freien Wähler sind immer auf Seiten der Kommunen gewesen für eine Senkung der Kreisumlage. Der Landkreis bekomme trotz der geplanten Senkung der Kreisumlage noch 4,2 Mio. Euro mehr als im letzten Jahr, daher müsse man das an die Kommunen weitergeben. Dazu kommt durch die Erhöhung der Nivellierungssätze, die auch konkret die Kommunen mit 2 Mio. Euro belaste. In dieser Hinsicht müsse man Rücksicht auf die Kommunen nehmen. Auch die neue Schlüsselzuweisung sei ein Weihnachtsgeschenk gewesen, das man an die Kommunen weitergeben könne. Die Kreisumlagensenkung um 1 Prozentpunkt sei die richtige Maßnahme.

Kreisrat Oettinger erklärt, dass die Neue Mitte dem Haushalt zustimmen werde, ohne Bedenken, aber der Tatsache geschuldet, dass man sich in einer Notgemeinschaft befinde. Der Haushalt zeige in magischer Weise, was passieren könne, wenn Probleme auf einen zukommen, für die man erstens nichts könne, und zweitens die man nicht in seinen kühnsten Träumen hätte erwarten können. 22 Mio Euro für Asylbewerber, davon fast 5 Mio. Euro nicht erstattungsfähige Ausgaben. Man wolle an diesem ehrgeizigen Investitionsprogramm festhalten, gerade im Sektor Bildung. Und hier verzichten die Kommunen auch auf eine sachgerechte weitere Senkung der Kreisumlage. Trotz dieser Senkung werden 4,2 Mio. Euro mehr eingenommen. Den Kommunen werde künftig das Geld fehlen, und niemand solle glauben, dass sich die Situation ändern werde. Im Gegenteil gehe er davon aus, dass mit jeder Anerkennung komme die Möglichkeit der Familiennachzüge, die dann bei den Kommunen aufschlagen werden. Die Kommunen seien gefordert. Und deshalb sollte man die Kommunen nicht wie Schmuttelkinder behandeln, sondern sie an den Verhandlungen teilnehmen lassen. Unisono werde bei allen Sitzungen der Gremien des Bayerischen Gemeindetages diese Gefahr sehr ernst genommen. Deswegen erkläre sich die Neue Mitte unbedingt und ohne Vorbehalte solidarisch. Keiner von ihnen habe diese Situation herbeigeführt und die Neue Mitte nach bestem Wissen und Gewissen dafür sorgen müsse, dass man diese Herausforderung anständig über die Bühne bringe.

Landrat Scherf bedankt sich bei Kreisrat Oettinger und betont, dass die 32 Kommunen für den Landkreis Miltenberg und den Landrat keine Schmuttelkinder seien. Das sei in diesem Haushalt wirklich der Versuch, im Ergebnishaushalt deutlich runter zu gehen, und die Investitionen, die man tätige, über die liquiden Mittel und über eine Nettokreditaufnahme zu stemmen. Man müsse diese Aufgabe gemeinsam bewältigen, an der Situation werde sich nicht viel ändern.

Kreisrat Reinhard hält den Antrag der FDP für nicht zustimmungsfähig.

Er möchte die ganze Sache noch einmal differenzierter betrachten. Der Gesamthaushalt 2015 sei ein Haushalt der Rekorde, von den Einnahmen und von den Ausgaben. Man habe noch keine konkreten Zahlen, was das Ergebnis angehe, aber Kreisrat Reinhard gehe davon aus, dass es nach wie vor ein positives sein werde. Die Finanzrechnung zeige, dass ein Kredit von 2,7 Mio. Euro nicht gebraucht worden sei, dieser sei nicht aufgenommen worden. Dieses Jahr habe man diesen Betrag mit drin. 2016 im Haushalt komme die Zahl von 2015 wieder gewaltig. Man sei bei 126 Mio. Euro Gesamtvolumen mit einer Rekordkreisumlage von 51,5 Mio. Euro. Dies sei eine nie dagewesene Zahl. Dann gebe es weiter eine Rekord-Schlüsselzuweisung von 19 Mio. Euro. Man habe Rekord-Personalkosten in Höhe von 21,2 Mio. Euro, eine Rekord-Sozialhilfe mit 7,9 Mio. Euro. Bezogen auf den Asylfaktor gehe man davon aus, dass die Hälfte der anerkannten Asylbewerber im Landkreis Miltenberg bleibe. Dieser Haushalt sei ein Sammelsurium der Einzelhaushalte. Man müsse aufpassen, dass man den Gesamtüberblick nicht verliere und auch die dauerhaften finanziellen Auswirkungen nicht aus den Augen verlieren dürfe. Die Kosten summieren sich sehr schnell, und dadurch könne die Balance sehr schnell verloren gehen. Zum Thema Asyl geht Kreisrat Reinhard davon aus, dass die Angaben stimmen, gerade was das Personal angehe. Dies sei bestimmt nach bestem Wissen und Gewissen gemacht worden. Durch die Senkung der Kreisumlage habe man einen Puffer direkt an die Gemeinden weitergereicht. Um dem Haushalt unter dem Aspekt zustimmen zu können, müsse man eine Lösung finden, damit das Geld bei den Kommunen bleiben könne und nicht zurückbezahlt werden müsse. Konkret fragt Kreisrat Reinhard noch, ob man dies im Rahmen eines Nachtragshaushaltes regeln könne.

Landrat Scherf erwidert, dass im Januar keine Aussage über die Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes getroffen werden könne.

Zur Aussage, 2015 habe man mit einer Kreditaufnahme geplant, und dann habe man sie nicht gebraucht, erklärt Landrat Scherf, dass man im Jahre 2015 unerwartet vom Freistaat Bayern 1,4 Mio. Euro an Zuschüssen bekommen habe, die für 2016 gedacht gewesen seien. Dies könne man dem Kämmerer und der Landkreisverwaltung nicht vorwerfen. Weiterhin sei im Jahr 2015 1 Mio. Euro aus dem erfolgreichen Prozess um den arsenbelasteten Schotter hereingekommen. Man könne das klar erklären. Man habe vorgehabt, 2015 2,7 Mio. Euro Kredite aufzunehmen. Aufgrund dieser beiden nicht vorhersehbaren Ereignisse sei die Kreditaufnahme nicht notwendig gewesen. Von daher sei es sauber geplant gewesen.

Dies sei vielleicht auch die Lösung für das Problem von Kreisrat Reinhard. Das, was an Überschüssen mehr vorhanden sei, wenn das Jahr besser laufe als erwartet, fließen diese am Ende in die liquiden Mittel. Man habe für 2016 in diesem Jahr 5,7 Mio. Euro aus den liquiden Mitteln des Landkreises zur Finanzierung der Investitionen eingestellt. Das tue dem Landkreis dann in 2017 und 2018 gut und komme wiederum den Gemeinden zugute, wenn man dann am Ende vielleicht eine halbe Million mehr bei den liquiden Mitteln habe. Dieses Geld gehe nicht verloren. Dieses Geld finanziere man für die 130.000 Bürger/innen des Landkreises. Man habe es so auch in aller Klarheit und Deutlichkeit Anfang 2015 gesagt, der Landkreis investiere, man sei sich einig gewesen, alle wollen die Schulen investiert haben, und man investiere sie über die Kreisumlage, über eine Nettokreditaufnahme und auch über den Abbau der liquiden Mittel.

Zu der Aufführung von Kreisrat Reinhard zu den Rekordeinnahmen des Landkreises Miltenbergs erwidert Landrat Scherf, dass dies für alle bayerischen Landkreise gelte. Er versichere, dass man den Gesamtüberblick und die Balance nicht verliere. Die Verwaltung habe das im Blick, auch in schweren Zeiten dieses Schiff ganz sicher zu steuern.

Kreisrat Dr. Linduschka beantragt für die FDP-Fraktion die Beibehaltung des Hebesatzes der Kreisumlage von 43 Prozentpunkten unter Verzicht auf die Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 2016.

Die Mitglieder des Kreisausschusses lehnen den Antrag bei einer Gegenstimme ab.

Kreisrat Berninger äußert sich zu Landrat Scherf, dass es klar sei, dass das Geld nicht verloren gehe. Wenn es aber nicht bei den Kommunen sei, dann liege es beim Landkreis. Darum gehe es schon seit Jahren. Wenn er richtig rechne, habe man bei den liquiden Mitteln auch langfristig noch Ende diesen Jahres gute 5 Mio. Euro drin. Die liquiden Mittel werden am Ende des laufenden Haushaltsjahres deutlich geringer sein, weil sie verplant seien. Es gehe Kreisrat Berninger darum, ob man sich von den Gemeinden mehr Geld abholen müsse, als nötig sei. Er möchte wie Kreisrat Reinhard auch wissen, ob es nicht möglich sei, zu prüfen, dass dies in einem Nachtragshaushalt geregelt werden könne.

Kreisrat Dr. Linduschka erklärt, dass er die Diskussion nicht mehr verstehe. Man habe bisher immer Rücklagen gebildet. Daher könne man dieses Jahr abwarten, denn in einem halben Jahr werde es sicher auch noch keine Übersicht über die Kosten geben. Daher sei seiner Meinung nach kein Nachtragshaushalt möglich.

Kreiskämmerer Krämer erklärt, dass er keine Luftnummern eingebaut habe. Er gehe davon aus, dass die Zahlen in Sachen Asyl und Flüchtlinge so eintreffen.

Landrat Scherf fügt hinzu, dass er davon ausgehe, dass die Hälfte der anerkannten Flüchtlinge im Landkreis bleibe. Wenn die Residenzpflicht komme, dann sitze man wieder zusammen.

Kreisrat Berninger wiederholt, dass es eine einfache Bitte zur Prüfung im Sinne der Gemeinden gewesen sei. Die liquiden Mittel seien ihm immer ein Dorn im Auge gewesen. Es habe kein grundlegendes Einverständnis im Haus bestanden, ab 2013 die liquiden Mittel weiter aufzubauen. Seine Meinung sei dazu immer gewesen, dass 2-3 Prozentpunkte okay seien. Wenn die Anfrage gründlich abgeklärt sei, dann sei die CSU auch bereit, diesem Haushalt zuzustimmen.

Landrat Scherf erklärt, dass diese Frage mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf abgeklärt sei. Die Überschüsse werden, falls vorhanden, in die liquiden Mittel fließen, welche man zur Finanzierung der Investitionen im Zeitraum 2017 bis 2018 brauche.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen,

den Haushaltsplan 2016 unter Zugrundelegung eines Kreisumlagehebesatzes von 42 % zu verabschieden.

Tagesordnungspunkt 4:

Anfragen

Keine Anfragen

gez.

Scherf
Vorsitzender

gez.

Zipf-Heim
Schriftführerin